



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/X/46 - 24.2.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Der Entschließungsentwurf des Auswärtigen Ausschusses	S. 1
In Paris: Geburt der 21. Regierung	S. 3
Der Monatspreis der Zeitschrift "Klarer Kurs"	S. 5
Lincoln und Adenauer	S. 6

## Wiedervereinigung muß unverrückbares Ziel bleiben

sp - Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird vor der dritten Lesung der Pariser Verträge dem Bundestag eine einstimmig gefasste Empfehlung seines Auswärtigen Ausschusses in der Frage von Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung vorgelegt und vom Plenum auch angenommen werden. Auf den ersten Blick vielleicht ein erstaunlicher Vorgang angesichts der Tatsache, dass diese Geste der Übereinstimmung sich vor dem Hintergrund einer Debatte abspielen würde, in der noch einmal das Für und Wider zu den Pariser Verträgen und allem, was damit zusammenhängt, in großer Ausführlichkeit und prägnanter Schärfe neben- und gegeneinander stehen.

Freilich hat diese Entschließung, formal gesehen, nicht direkt mit den Pariser Verträgen zu tun. Sie steht für sich und ist eine Art Wegweiser oder Richtschnur des Bundestages für die Bundesregierung auf ihrem weiteren politischen Weg in der Frage, die für ganz Deutschland die wichtigste und vordringlichste bleibt, die der deutschen Wiedervereinigung - unabhängig davon, ob die Möglichkeiten, zu diesem Ziel zu gelangen, nach der Annahme der Verträge erheblich schlechter geworden, wenn nicht gar verschwunden sind, wie die Opposition meint, oder ob das, nach Ansicht der Regierung und ihrer Parteien, nicht der Fall ist.

Diese Entschließung geht letzten Endes auf den Antrag zurück,

den die sozialdemokratische Bundestagsfraktion am 18. November 1954 im Bundestag eingebracht hatte und der damals den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden war. Es hat dann recht langwierige und schwierige Verhandlungen gegeben, ehe man zu dem jetzt vorliegenden Ergebnis kam.

Wesentliche Punkte, die verdienen, besonders hervorgehoben zu werden, sind zunächst der Hinweis auf die Hoffnung des Bundestages, "dass Verlautbarungen der Regierung der Sowjetunion die Möglichkeit zu Verhandlungen eröffnen werden mit dem Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier international kontrollierter Wahlen und eine Friedensvertragliche Regelung mit einer aus solchen Wahlen hervorgegangenen freigewählten Regierung herbeizuführen." Dieser Hinweis erstreckt sich nicht nur auf künftige, sondern auch auf inzwischen erfolgte Verlautbarungen der Regierung der Sowjetunion, wie etwa die vom 15. Januar, ohne dass diese sowjetantliche Erklärung besonders erwähnt wird. Diese Form der positiven Erwähnung der Sowjetunion in Punkt 2 c der EntschlieÙung bringt einen neuen Ton in die traditionelle Sprache früherer ähnlicher, gemeinsamer Erklärungen.

Bemerkenswert ist ferner Punkt 5, in dem es heißt: "Der Deutsche Bundestag fordert, es möge sobald als möglich ein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen werden, der in gleicher Weise für die beteiligten Mächte wie für die in ihren EntschlieÙungen freie gesamtdeutsche Regierung annehmbar wäre." Unter "beteiligten Mächten" ist selbstverständlich auch die Sowjetunion zu verstehen. Damit wird der seit Jahr und Tag vertretenen sozialdemokratischen These Rechnung getragen, dass es unreal sei, auf eine friedliche Lösung der Deutschland-Frage im Sinne der deutschen Einheit hinzuwirken, der nicht alle vier Besatzungsmächte zustimmen könnten. Weitere Forderungen und Feststellungen sollen hier nicht besonders erwähnt und erläutert werden, sie ergeben sich aus dem Text der EntschlieÙung von selbst.

Der Bundeskanzler und sein engerer Freundeskreis haben ihren Widerstand gegen diese EntschlieÙung sozusagen erst in letzter

Minute aufgegeben. Sie taten es vermutlich aus einer doppelten Überlegung. Einmal mag es ihnen, vor allem angesichts der in den letzten Wochen offenkundig gewordenen Einstellung weitester Bevölkerungskreise, in hohem Maße untunlich erschienen sein, eine Annahme der Pariser Verträge durch die Mehrheit der Abgeordneten nicht doch auch mit einem neuen Bekenntnis zu einer Politik der Wiedervereinigung zu verbinden. Zum anderen hat vielleicht aber auch hier und da die Überlegung mitgespielt, es handelt sich bei dieser Dokumentation ja um nicht mehr, als eben eine EntschlieÙung. Wer so denkt, sollte die nachwirkende Schwerkraft einer in so schicksalvoller Stunde gefassten Willensbekundung des Bundestages nicht unterschätzen.

Die Verabschiedung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag, mit der zu rechnen ist, bleibt nach sozialdemokratischer Auffassung in jedem Fall ein verhängnisvoller Schritt, der die Verwirklichung der deutschen Einheit außerordentliche erschwert, ja aufs äußerste gefährdet. Aber diese Tatsache darf selbstverständlich nicht zu irgend welcher Resignationsbereitschaft führen, das Ziel der deutschen Wiedervereinigung auch nur vorübergehend aus dem Auge zu verlieren. Auch im Ausland, dessen Beistand wir für die Erreichung dieses Zieles bedürfen, würde man eine solche Haltung nicht verstehen oder mißverstehen. Deshalb ist die neuerliche Verpflichtung der Bundesregierung und über sie auch der Besatzungsmächte auf ein konkretes Programm für eine Politik der Wiedervereinigung - so bittere Erfahrungen man in der Vergangenheit mit ähnlichen Bemühungen machen mußte - unerlässlich notwendig und ein Ansatzpunkt für neue Hoffnungen, so beladen mit Zweifeln sie gerade in dieser Stunde sein mögen.

\*

\*

\*

Die neue Regierung - Kabinett der Gegensätze

J.K., Paris

Der Mann, der Frankreichs 21. Nachkriegsregierung aufstellte, Edgar Faure, gilt als äußerst geschickter Politiker, der wie ein verbindlicher Kaufmann dem Kunden zwar nicht den gewünschten Rabatt gewährt, ihm in Preis aber doch weitgehend entgegenkommt. Bevor er ein Ministerium zusammenstellte, dessen Rechtsdrill nicht zu übersehen ist, versuchte er ein Kabinett von Radikal-Sozialisten, "zu denen er selbst gehört", katholischen Volks-Republikanern und Sozialisten zusammenzustellen. Die Sozialisten sagten ab und der Rechtsdrill wurde unvermeidlich.

Das Kabinett, das Faure in der dritten Krisenwoche bildete, gab sofort den Parlamentariern einige Rätsel auf. In dieser Regierung sitzen überzeugte EVG-Anhänger neben schärfsten EVG-Gegnern, der einstige Außenminister Robert Schuman zum Beispiel und der General Pierre Koenig. Ferner wurde das Aussenministerium dem konservativ-unabhängigen Abgeordneten Antoine Pinay übergeben, einem würdigen Mann, der jedoch als Außenpolitiker bislang kaum je hervorgetreten ist, und manches andere Ministerium ist durch Persönlichkeiten besetzt, deren Pläne und Absichten durchaus nicht von vornherein bekannt sind.

In einer Hinsicht allerdings gab Edgar Faure nicht das geringste Rätsel auf: wie sein Vorgänger Mendès-France will er im Rat der Republik die Pariser Verträge durchsetzen und es braucht ihn nicht zu stören, dass in seiner Regierung etliche Männer sitzen, die sich, als Mendès-France noch an der Spitze stand, für diese Verträge durchaus nicht erwärmen konnten. Denn unter Edgar Faure als Regierungschef scheint ihnen die Speise schmackhafter zu sein als zuvor, und die Aussichten, die Texte im Senat durchzusetzen, scheinen vielen Senatoren heute besser als je.

Doch die Pariser Verträge sind gewiss nicht das einzig schwierige Problem, das Faure lösen soll. Ein mindestens ebenso großes steht seinem Kabinett in Nordafrika gegenüber, ganz zu schweigen von den innenpolitischen Sorgen, die behoben und von den Konflikten,

die überbrückt werden sollen. Sowohl über afrikanische wie über innenpolitische Fragen waren die jetzigen Mitglieder des Kabinetts bisher durchaus nicht einig, ebenso wenig wie sie es über die Pariser Verträge waren. Von den jetzigen Ministern sprachen sich als Abgeordnete acht zugunsten der Pariser Verträge aus, vier stimmten dagegen und fünf enthielten sich der Stimme.

Eine Frage, die unter solchen Umständen immer wieder gehört werden kann, ist durchaus begreiflich. Sie lautet: Wird diese Regierung nicht trotz der fraglos vorhandenen Aktivität Edgar Faures Frankreich wieder in den "Immobilismus" zurückführen, in solche Unbeweglichkeit also, die nach dem Krieg viele Kabinette charakterisiert hat? Nicht etwa, dass solche Regierungen des Immobilismus aus kraftlosen, unentschlossenen Männern zusammengesetzt gewesen wären; die schwere Bürde, über die sie nicht hinwegkamen, war vielmehr die Art der Zusammensetzung ihrer Kabinette, die nach dem Prinzip vorgenommen wurde, eine möglichst breite parlamentarische Basis zu erreichen. Das ist jeweils die erste Sorge. Sie allein auch dürfte Edgar Faure bestimmt haben, auf das Widerspruchsvolle der Zusammensetzung des Kabinetts weniger zu achten als auf die parlamentarische Grundlage.

Darin, dass er diese breite Basis erreicht hat, liegt die Stärke der Stellung Faures, darin, dass ihm vielleicht die Gegensätze innerhalb der Regierung hindern werden, brennende Fragen mit der Energie zu lösen, die ihm selbst charakterisiert, liegt seine Schwäche. Die den Gewerkschaften nahestehende Tageszeitung "Franc-Tireur" drückte das so aus:

"Die Regierung Edgar Faure wird man also nach den Lösungen zu beurteilen haben, die sie für jedes einzelne Problem vorschlagen wird. Es gibt tatsächlich keine laufenden Angelegenheiten mehr, die man einfach auf die lange Bank schieben könnte; es gibt Probleme, ja selbst Dramen, die dringend gelöst werden müssen."

Wahrscheinlich wird es nicht lange dauern, bis das Kabinett seine erste "Zerreißprobe" zu bestehen hat. Denn die Unterhandlungen mit der tunesischen Regierung, die Mendès-France eingeleitet hatte, müssen fortgesetzt, die Dispute über die Pariser Verträge beendet werden und die Behandlung der Lohnforderungen und die der Besserstellung der Staatsangestellten kann sehr leicht zu Kraftproben führen. Ist eine Regierung aber nicht unter sich einig, so ist sie zum Immobilismus verurteilt, und es war die Scheu vor dieser Gefahr, sagt "Populaire", das Organ der sozialistischen Partei, das die französischen Sozialisten veranlasste, eine Mitarbeit an der Regierung Faure abzulehnen.

Stiefelknecht für Dr. Lenz

K.G. Das Zentralorgan der Jungsozialisten "Klarer Kurs" überreicht in jedem Monat verantwortlichen Politikern in Deutschland, die sich besonders verdient darum machen, die deutsche Jugend auf die Kasernenhöfe zu bringen, einen Stiefelknecht. Die Vergabe verbindet sich mit der Mahnung, die Stiefel auszuziehen, ehe es zu spät ist.

Dieser Stiefelknecht symbolisiert die Aufforderung der deutschen Jugend an die Politiker in West- und Ostdeutschland, abzulassen von einem Wege, der ins Verderben führen wird.

Für den Monat Februar wurde Dr. Otto Lenz MdB (CDU) der Stiefelknecht übersandt. "Klarer Kurs" schreibt dazu: "Den Stiefelknecht verdiente sich Lenz mit dem Brief an alle Mütter und Frauen, den die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" kürzlich im Umlauf brachte."

Man könnte diese Angelegenheit als einen reinen Scherz werten. Aber es ist mehr.

Die Entwicklung um deutsche Wiedervereinigung und deutsche Aufrüstung vollzieht sich nicht in anonymen und obskuren Bereichen oder nach naturnotwendigen, der Geschichte innewohnenden Gesetzen.

Nein es sind bestimmte Personen, die in diesem konkreten politischen Fall durch ihre Stellung, ihren Einfluss und ihre starke finanzielle Rückendeckung den Gang dieser Entwicklung als Interessenvertreter entscheidend bestimmen.

Auf sie muß man mit dem Finger zeigen und ihre Namen nennen. Es gilt heute mehr denn je, Verantwortlichkeiten festzustellen. Wenn das allgemeine politische Bewußtsein erst einmal zu unterscheiden vermag zwischen politischen Notwendigkeiten und persönlichen Ambitionen, ist für die Sache der Demokratie viel gewonnen.

### Die Furcht vor der Einheit

Von Prof. Hans von Hentig, Bonn, in der in  
Minnesota, U.S.A., erscheinenden "Sonntagspost"  
von 6.2.1955.

Noch hat die Geschichte, die unbestechlich ist, das letzte Wort nicht gesprochen. Wer hat Recht? Wer hat seine Pflichten klar erkannt und unbeirrter durchgeführt, Lincoln oder Adenauer? Adenauer verteidigt das Recht des Saargebietes, auf dem die Faust der Franzosen liegt, über seine Abtrennung (von Deutschland) zu befinden, soweit Satellitenmeinung überhaupt die geringste Bedeutung hat. Lincoln aber sagte bei seinem Amtsantritt: "Kein Staat kann von sich aus rechtmäßig aus dem Bund ausscheiden. Ich werde darüber wachen, wie mir die Verfassung nachdrücklich die Pflicht auferlegt, dass die Gesetze des Bundes in allen Staaten getreulich durchgeführt werden... Die mir anvertraute Macht werde ich dazu benutzen, das Eigentum der Bundesregierung und ihr Staatsgebiet festzuhalten..."

Vorher hatte Lincoln etwas gesagt, was auch auf die Saar zutrifft: "Ganz einfach physisch können wir uns nicht trennen." Es war nur der Nachhall jener entschlossenen Warnung von Webster und Clay, dass es eine friedliche Sezession nicht geben könnte. Als am 13. April 1867 die Besetzung des Bundes mit Trommelklang und fliegenden Fahnen Fort Sumter verlassen hatte, erhoben sich die Nordstaaten wie ein Mann zum Schutze ihres höchsten Gutes, der Einheit.

Heute sehen wir, dass Washington die Abtrennung der Saar, die Wilson noch aus moralischen Gründen ablehnte, unterstützt, zum mindesten Mitläufer ist. Eine der Forderungen, die Präsident Wilson am heißesten in seinen Tagen verfocht und die die begeisterte Zustimmung des amerikanischen Volkes fand, rief nach einem einigen, unabhängigen und freien Polen. Ohne diesen allgemeinen Grundsatz, so sagte er, könne der Frieden nicht dauern, sollte er auch gar nicht Dauer haben! Und ihn umtost am 22. Januar 1917 der Jubel des Senats.

\*

Woher die Angst vor der deutschen Einheit? Am verständlichsten ist noch die Sorge der deutschen Kreise, die eine parteipolitische Verschiebung befürchten. Sie werden von einem eigentümlichen Dilemma geplagt. Sie müssen laut die Einheit herbeischwören, die sie, wie jeder genau weiß, im Innern des Herzens gar nicht wollen. Sie werden zu immer neuen Konstruktionen und Kunstgriffen gedrängt, ihrer eigenen Forderung Steine in den Weg zu legen. Das Schauspiel ist grotesk, im Grunde höchst irrational, weil die unablässigen Versicherungen, mit autoritärem Nimbus unkleidet, die Einheitsbewegung voran treiben. Millionen nehmen die Maske ernst. Sie würden sich ohne obrigkeitliche Approbation nicht rühren. Sie kommt nicht nur aus Deutschland, sondern, immer wiederholt, aus allen Hauptstädten des Westens. Verbale Mechanismen, die nur dem Zwecke dienen, zu verzögern, hinzuhalten, zu verhindern, treiben den Einheitsgedanken vorwärts. Aus trügendem Schein wird dynamische Wirklichkeit. Das Täuschende, Unaufrichtige, Böse schafft geheimnisvoll das Gute...

Verantwortlich: Peter Raunau